



Organisatoren enttäuscht

Demo profitierte kaum von unzufriedenen Eltern

VADUZ Nach der Ausweitung der Maskenpflicht auf Kinder hatten sich die Organisatoren der wöchentlichen Coronademos auf dem Peter-Kaiser-Platz einen Ansturm erhofft. Dieser blieb am Montag aber aus. Unzufriedene Eltern scheinen sich auf eigene Protestaktionen zu konzentrieren (siehe rechts). «Traurig», sagte Moderator Andrea Clavadetscher zum Beginn der 13. Coronademo des Vereins «Unerhört». Bezogen war dies auf die aus Clavadetschers Sicht zu geringe Teilnehmerzahl. «Liechtensteiner scheint es nicht zu stören, dass sie Kinder in die Schule schicken, die in die erste Klasse gehen und dort schon eine Maske tragen müssen.»

Später revidierte Clavadetscher seine Einschätzung zur Teilnehmerzahl zwar noch. Die Organisatoren schätzten die Teilnehmerzahl im Anschluss auf 250 Personen. Wie die Landespolizei auf «Volksblatt»-Anfrage erklärte, haben circa 200 Personen an der Kundgebung auf dem Peter-Kaiser-Platz teilgenommen. Damit bewegte sich der Zulauf im Rahmen der vergangenen Wochen, wenn auch ein bisschen mehr Menschen teilgenommen haben als bei den letzten zwei Demonstrationen, die den bisherigen Tiefststand dargestellt hatten.

Fischen im Elternteich

In Kreisen fundamentaler Corona-Massnahmengegner war für diesen Montag mit einem deutlich grösseren Andrang gerechnet worden. Denn Liechtensteins Regierung hatte am vergangenen Mittwoch entschieden, die Altersgrenze für die Maskenpflicht auf 6 Jahre zu senken. Und der Gedanke, dass in den ersten zwei Wochen nach den Weihnachtsferien auch in Primarschulen Maske getragen werden soll, stösst auch bei vielen Eltern, die die bisherige Coronapolitik im Grundsatz befürworten, auf Widerstand.

Auf dem Messengerdienst Telegram wurden in Kürze diverse Eltern-Chatgruppen eröffnet. Dort war denn auch gezielt für die Demonstration gewonnen worden. Der Verein «Unerhört» reagierte schnell und ergänzte den wöchentlichen Demo-Flyer mit einem Satz zur Kinder-Maskenpflicht. Gleichzeitig gab es in den Chats jedoch auch Stimmen, die von einer Teilnahme abrieten, weil die

montäglichen Coronademos mit einem negativen Image behaftet seien. Dennoch war die Maskenpflicht selbstverständlich Thema an der «Unerhört»-Demo. Masken würden nichts nützen und seien dazu noch gesundheitsschädigend, so der Tenor entgegen der vorherrschenden Meinung in der Wissenschaft. Eine Mutter berichtete zudem, dass sie für ihre schwerbehinderte Tochter ein ärztliches Attest benötigt, um diese von der Maskenpflicht befreien zu lassen. Zudem wurde ein Kind auf die Bühne gelassen, das sagte, es wolle nicht, dass alle Masken tragen. Eine weitere Rednerin referierte über Hausmittelchen, die zum Erhalt allgemeiner Gesundheit und somit auch zum Vorbeugen einer Covid-19-Erkrankung beitragen sollen. Sie behauptete, Ärzte würden es bei Covid-19 bewusst zu einem schweren Verlauf kommen lassen, da Patienten zunächst nicht behandelt würden. Zudem gebe es kein Interesse, ein Medikament gegen Covid-19 zu entwickeln. «Sie wollen uns nur tot impfen», so die Rednerin.

Ein Mann kündigte unterdessen an, eine Volksinitiative zur Abwahl des Landtages lancieren zu wollen. Hierzu suche er nun Mitstreiter für ein Initiativkomitee. Eine Volksabstimmung über die Ablösung des Landtages können 1500 Stimmberechtigte fordern. Bei einem «Ja» müssten Landtag und Regierung abtreten und es käme zu Neuwahlen.

Distanzierung von Prediger

Als Referent eingeladen hatte der Verein «Unerhört» für die letzte Demonstration vor Weihnachten den evangelischen Prediger Lothar Mack. Der in der Schweiz wohnhafte Deutsche ist bereits in den vergangenen Monaten mehrfach auf Demonstrationen im deutschsprachigen Raum aufgetreten, insbesondere im Dunstkreis der deutschen «Querdenker»-Bewegung.

Für grösseres Unbehagen sorgte Macks Besuch bereits im Vorfeld bei der evangelischen Kirche Liechtensteins. Pfarrer Johannes Jung hatte sich in aller Form von Mack sowie der Verknüpfung religiöser Handlungen mit «menschenverachtenden Ideologien» distanziert. Der Auftritt vom als Pfarrer angekündigten Prediger blieb diesbezüglich aber unspektakulär. (ds)

Ferien drosseln hohes «Booster»-Tempo

Drittimpfung Über 40 Prozent der geimpften Bevölkerung hat bereits einen «Booster» erhalten. Liechtenstein fuhr in der vergangenen Woche ein hohes Tempo, nun ist aber vorerst Schluss.

VON DANIELA FRITZ

Seit der Eröffnung der beiden Impfzentren im Mühleholzmarkt und im Landesspital Anfang Dezember sticht Liechtenstein mit einem hohen Tempo beim Boostern hervor. Im europäischen Vergleich lag Liechtenstein bis vor Kurzem noch auf den hintersten Rängen, was Drittimpfungen angeht. Mittlerweile (Stand 16. Dezember) hat sich das Fürstentum ins Mittelfeld vorgekämpft und auch die Schweiz deutlich überholt, wie die Statistik des Portals «Our World in Data» zeigt. Allein in der vergangenen Woche haben sich 4719 Personen in Liechtenstein ihren «Booster» geholt. Wie aus den Zahlen des Amtes für Statistik weiter hervorgeht, waren Stand 19. Dezember bereits 10 477 Personen dreifach geimpft. Das entspricht gut 41 Prozent aller komplett Geimpften. In der Woche zuvor hatte erst knapp ein Fünftel der Geimpften einen Booster erhalten.

Gemessen an der Gesamtbevölkerung haben bereits 26,8 Prozent der Bevölkerung ihre Auffrischung, in der Woche zuvor waren es 14,7 Prozent.

Nachdem die «Booster»-Kampagne so gut vorangeschritten ist, ist im Impfzentrum nun aber Schluss für 2021. Das Impfzentrum im Mühleholzmarkt wird bereits heute und damit einen Tag früher geschlossen. Das temporär eingerichtete Impfzentrum im Landesspital war am Samstag das letzte Mal in Betrieb.

Über 2100 Anmeldungen für Januar

Ab 3. Januar wird nur noch im Mühleholzmarkt geboostert. Wie das Ministerium für Gesellschaft auf «Volksblatt»-Anfrage erklärte, wurden bereits über 2100 Termine gebucht.

Bis vor Kurzem waren nur jene für eine Auffrischung berechtigt, die bis Ende Juni ihre Zweitimpfung erhielten. Mittlerweile ist ein Booster aber auch früher möglich, wie das Ministerium am Montag mitteilte. Seit dem 21. Dezember können sich Liechtensteiner auch bereits nach vier Monaten den dritten Stich abholen, die Anmeldung erfolgt online über impfung.li. Anmeldungen werden frühestens drei Monate nach der Zweitimpfung entgegengenommen, bei einer früheren Anmeldung landet man auf einer Warteliste.

Situationsbericht
Weitere Omikron-Fälle

VADUZ Zusätzlich zu den bislang bestätigten zwei Omikron-Fällen und den drei Verdachtsfällen sind am Wochenende drei weitere Personen in Liechtenstein registriert worden, die sich mit der Omikron-Variante infiziert haben, teilte das Ministerium für Gesellschaft am Montag mit. Die drei Fälle vom Wochenende würden in keinem Zusammenhang mit den bislang verzeichneten Fällen stehen. Für enge Kontaktpersonen gelten in solchen Fällen keine Ausnahmen: Auch Geimpfte und Genesene müssen also in Quarantäne, sofern sie mit einer Person, die an der Omikron-Variante des Coronavirus erkrankt ist, engen Kontakt hatten. Betrachtet man das Infektionsgeschehen insgesamt, werden derzeit durchschnittlich 46 neue Fälle pro Tag gemeldet. Gestern kamen 56 Fälle hinzu. Wie aus den Zahlen des Amtes für Statistik hervorgeht, beläuft sich die kumulierte Fallzahl seit Beginn der Pandemie mittlerweile auf 5728 laborbestätigte Infektionen. Davon haben 5346 Personen die Infektion überstanden. Insgesamt traten bislang 68 Todesfälle im Zusammenhang mit einer laborbestätigten Covid-19-Erkrankung auf. Aktiv mit dem Coronavirus infiziert sind aktuell 314 Personen, davon befanden sich Stand Montagabend 18 Personen im Spital. Die 7-Tages-Inzidenz pro 100 000 Einwohner liegt bei 827 Fällen. (red)

Daniel Risch zur Maskenpflicht ab 6 Jahren

Regierungschef: «Wir brauchen diese Massnahmen, um die Kinder zu schützen»

SCHAAN Die Schweiz und auch Liechtenstein haben vor Weihnachten die Coronamassnahmen verschärft. Anlässlich einer Sondersendung von Radio L nahm Regierungschef Daniel Risch am Montag auch Stellung zur 2G-Regel und zur Maskenpflicht für Kinder ab sechs Jahren. Wir haben die wichtigsten Fragen und Antworten zusammengefasst:

Wieso hat sich die Regierung für eine 2G-Regel entschieden?

«Wir mussten einen Entscheid fällen, wie es über die Weihnachtsfeiertage weitergehen soll. Wir waren überzeugt davon, dass es weitere Verschärfungen braucht. Unsere Intention ist es, vor allem das Gesundheitssystem und die Schulen zu schützen und haben deshalb dort angesetzt, wo derzeit hohe Ansteckungen passieren.»

Hat die Impfwillingkeit der Menschen damit zugenommen?

«Das Impfzentrum ist offen, jeder kann beim Mühleholz vorbeikommen und erhält eine Impfung. Aktuell gibt es aber noch keine erhöhte Nachfrage.»

Wieso lässt man die Menschen, die sich frisch getestet ha-

ben, nicht mehr am öffentlichen Leben teilhaben?

«Ein Test ist kein Schutz gegen die Ansteckung und auch kein Schutz gegen einen schweren Krankheitsverlauf. Es geht darum, dass man selbst nicht zur Gefahr wird. Deshalb setzen wir auf die 2G-Regel. Ich will aber auch sagen, dass sich derzeit alle einschränken und auf Dinge verzichten müssen.»

Verstehen Sie den Frust der Menschen, die ausgeschlossen sind?

«Ich verstehe das, die Regierung fällt solche Entscheidungen ungern. Wir müssen uns allerdings überlegen, welches Mittel das richtige ist, um die Coronazahlen nach unten zu drücken. Die Alternative wäre ein Lockdown für alle gewesen. Die 2G-Regel erschien uns ein gelinderes Mittel.»

Manche fragen sich, warum die Maskenpflicht bei Kindern erst so spät kommt, manche, ob die Regierung weiss, was sie den Kindern antut.

«Wir müssen uns immer überlegen, was die Ursache für eine Massnahme ist. Wir brauchen diese Massnahme, um die Kinder zu schützen. Wir wollen niemanden bestrafen, sondern die Kinder sollen sich selbst und die Mitschüler vor einer Ansteckung schützen. In den Nachbarländern und in manchen Kantonen der Schweiz gibt es diese Massnahme bereits. Die Maskenpflicht ist bis 24. Januar befristet. Die Hoffnung ist, dass wir diese Regelung nicht ewig benötigen.»

Was passiert, wenn sich Eltern weigern und Kindern empfehlen, keine Maske zu tragen?

«Normalerweise findet man im Gespräch immer eine Lösung. Ich glaube, dass die Maskenpflicht für Kinder ein kleineres Problem ist als für die Eltern.» (sb)

Holocaust-Symbolik

Doch keine Kinderschuhe bei Protestaktion

Bereits vergangene Woche riefen Unbekannte dazu auf, am heutigen Mittwochnachmittag auf dem Peter-Kaiser-Platz beim Regierungsgebäude in Vaduz Kinderschuhe als Mahnmal gegen die Maskenpflicht ab sechs Jahren aufzustellen.

Im Interview mit Radio L am Montagmittag darauf angesprochen, befand Regierungschef Daniel Risch die Aktion als «ganz schwieriges Zeichen». «Grundsätzlich finde ich, dass es legitim ist, wenn sich jemand wehren will bzw. sich Luft verschaffen will. Damit habe ich überhaupt kein Problem», so der Regierungschef. «Man muss sich aber nicht wahnsinnig informieren bzw. sich mit der Geschichte auseinandersetzen, damit man weiss, woher das Bild mit den Kinderschuhen kommt.» Es sei eine Anspielung auf den Holocaust.

Risch riet mit Nachdruck, das Symbol der Schuhe von Kindern, die dazumal vergast worden seien, nicht zu verwenden. Er würde es begrüßen, wenn die Organisatoren sich von dieser Symbolik distanzieren würden. «Ich hoffe, dass das Zeichen mit den Kinderschuhen nicht bewusst gewählt wurde», wie Daniel Risch ausführte. «Ich befürchte aber, dass gewisse Initianten sehr wohl wissen, was sie hier tun.»

Noch während des Liveinterviews meldete sich eine Kommentatorin auf der Facebook-Seite von Radio L mit dem Verweis, dass den Initianten das Ganze nicht bewusst gewesen sei und die Aktion statt dem Aufstellen von Kinderschuhen in Spielsachen und Mützen – «alles, was gespendet werden kann» – geändert worden sei. (hm)

